Antrag 29/I/2025
Ortsverein Babelsberg, Arbeitsge-
meinschaft 60+, UB Potsdam
Der/Die Landesparteitag möge
beschließen:

Empfehlung der Antragskom-
mission
Annahme (Konsens)

Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat

1 Die SPD in Brandenburg ist auf-
2 gefordert, vor Abstimmungen
3 des Bundesrates über Fragen
4 von grundsätzlicher Bedeutung,
5 die innerhalb der SPD/BSW-
6 Landesregierung strittig sind,
7 rechtzeitig eine für die SPD ak-
8 zeptable Lösung anzustreben.
9 Im Falle einer unausweichlichen
10 Stimmenthaltung im Bundesrat
11 sind künftig, stärker als bisher,
12 die Gründe hierfür vor allem
13 politisch-inhaltlich und weniger
14 verfahrenstechnisch zu erläu-
15 tern, um die SPD-Position in
16 solchen Fragen in der Öffentlich-
17 keit deutlicher zu machen.

18

19 Begründung

20 Das Abstimmungsverhalten
21 Brandenburgs im Bundesrat,
22 konkret die Enthaltung der
23 Landesregierung bei Themen
24 von grundsätzlicher Bedeutung
25 wie der Absicherung des Bun-
26 desverfassungsgerichts gegen
27 extremistische Bestrebungen,

28 dem Abkommen mit dem NATO-
29 und EU-Partner Litauen im Vertei-
30 digungsbereich, der Resolution
31 zum russischen Angriffskrieg
32 in der Ukraine und zuletzt bei
33 der Entscheidung über das Son-
34 dervermögen (Schuldenbremse,
35 Infrastruktur) gibt seit Bildung
36 der SPD/BSW-Koalition wie-
37 derholt Anlass zu Fragen und
38 Kritik.

39 Dadurch werden sowohl in die
40 Partei wie auch in die Öffentlich-
41 keit hinein missverständliche Si-
42 gnale zur SPD-Position in Fragen
43 der Verteidigung der Demokra-
44 tie, der Bündnistreue oder der
45 Rechtsstaatlichkeit ausgesendet.
46 Die Erklärungsmuster der Lan-
47 desregierung, die auf entspre-
48 chende Verfahren im Koalitions-
49 vertrag abheben („Wir sind uns
50 einig, dass wir uns nicht einig
51 sind.“), können in solchen Fällen
52 nicht überzeugen. Hier sind die
53 Partei- und Fraktionsführung auf-
54 gefordert, deutlicher als bisher
55 politisch-inhaltlich Stellung zu be-
56 ziehen.

57 Dies betrifft die Stärkung des
58 demokratischen Rechtsstaates
59 und seiner Institutionen wie auch
60 der Zivilgesellschaft, außerdem
61 die Solidarität mit den europäi-

62 schen Partnerländern angesichts
63 wachsender internationaler Be-
64 drohungen. Es darf kein Zweifel
65 daran gelassen werden, dass die
66 SPD Brandenburg den russischen
67 Angriffskrieg gegen die Ukraine
68 als eklatanten Verstoß gegen das
69 Völkerrecht scharf verurteilt und
70 auch aus sicherheitspolitischen
71 Erwägungen weiterhin an der
72 Seite der Ukrainerinnen und
73 Ukrainer steht.

74